

Das künftige wirtschaftliche Verhältnis zu Deutschland.

Wien, 21. März.

Die Brünner Handelskammer hielt kürzlich eine Plenar-sitzung ab. In derselben widmete der Präsident Stephan Freiherr v. Haupt der Frage des künftigen wirtschaftlichen Verhältnisses zu Deutschland eine bemerkenswerte Darstellung, in der er nach einer Einleitung, welche den ruhmreichen Taten der Armee galt, folgendes ausführte:

Gegenüber den Bestrebungen unserer Feinde, die nach Abschluß des militärischen Krieges einen Wirtschaftskrieg gegen die Mittelmächte im Schilde zu führen scheinen, ist der enge wirtschaftliche Zusammenschluß dieser Mächte, zu denen ich auch unsere tapferen Verbündeten, Bulgarien und die Türkei, rechne, ein Gebot der Selbsterhaltung. Darüber dürfen sich auch jene Kreise, welche einem solchen engeren wirtschaftlichen Zusammenschlusse der bisherigen Bundesgenossen ablehnend gegenüberstehen, keinem Zweifel hingeben, daß der Druck der äußeren Verhältnisse stärker sein wird als alle Bedenken privatwirtschaftlicher Natur. Wenn also über das Prinzip, daß das politische und militärische Bündnis nach dem Frieden auch wirtschaftlich ausgestaltet werden muß, in den maßgebenden Kreisen kein Zweifel mehr obwaltet, so sind doch über das Ausmaß dieser wirtschaftlichen Annäherung und über die Form, in welcher sie geschehen soll, die Meinungen außerordentlich geteilt, und es herrschen über die Bedeutung, welche den einzelnen der wirtschaftlichen Annäherung dienenden Maßnahmen beizulegen ist, noch vielfach verworrene und unrichtige Anschauungen. Der Gedanke einer Zollunion, welcher in der ersten Begeisterung aufgetaucht ist und von einzelnen Seiten propagiert wurde, ist mit Rücksicht auf die unüberwindlichen Schwierigkeiten, welche sich ihm in der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse in den in Betracht kommenden Staaten entgegenstellen, definitiv fallen gelassen worden und wird von keiner ernst zu nehmenden Seite mehr vertreten. Es ist daher der Kampf, den die Gegner jeglicher wirtschaftlichen Annäherung immer wieder gegen die Zollunion eröffnen, ein gänzlich überflüssiger und nur geeignet, verwirrend zu wirken. Aber auch die Herabsetzung der Zollsätze ist nicht, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, das wesentliche, ausschlaggebende Moment für eine wirtschaftliche Annäherung, sondern bildet nur neben anderen Maßnahmen einen allerdings wichtigen, aber keineswegs den wichtigsten Teil derselben. Eine viel größere Bedeutung kommt meiner Ansicht nach solchen gesetzlichen Maßnahmen zu, welche geeignet sind, den materiellen und geistigen Verkehr zwischen den Staaten zu erleichtern und zu fördern und die Produktionsverhältnisse in denselben, soweit sie nicht von den natürlichen Bedingungen abhängig sind, auf eine möglichst gleiche Basis zu stellen. Die Verschiedenheit der industriellen, gewerblichen und Steuergesetze bewirkt Ungleichheiten in den Produktionskosten, welche durch Zölle ausgeglichen werden müssen. Es ist doch nur logisch, daß man, bevor man an eine Herabsetzung oder gar Aufhebung der letzteren schreitet, vorerst die durch Gesetze geschaffenen Ungleichheiten zu beseitigen trachtet. Es wird daher angestrebt werden müssen, unsere gesamte industrielle und gewerbliche Gesetzgebung mit jener des Deutschen Reiches in Uebereinstimmung zu bringen. So wie es möglich war, in früheren Zeiten ein gemeinsames Handelsrecht und ein gemeinsames Wechselrecht zu schaffen, so wird es auch auf keine unüberwindlichen Schwierigkeiten stoßen, das Obligationenrecht, die gewerblichen Gesetze, Arbeiterschutzgesetze, insbesondere aber das Aktienrecht und die mit der industriellen Produktion zusammenhängenden direkten und indirekten Steuern nach gleichen Grundsätzen in beiden Staaten neu zu verfassen. Das Verkehrsweisen wird nach Möglichkeit von allen beengenden Schranken befreit und von beiden Staaten nach denselben Grundsätzen geregelt werden müssen. Hieher gehört das Eisenbahnbetriebsreglement, das Tarifwesen, die Gesetze über Flußschiffahrt u. dgl. mehr. Bezüglich des Zollwesens wird, bevor man an die Erneuerung der Zölle selbst schreitet, vor allem eine Uebereinstimmung zwischen den Zollgesetzen der beiden Staaten herbeigeführt werden müssen. Die Aufstellung eines gemeinsamen Zolltariffschemas wäre sehr wünschenswert und braucht keineswegs, wie manche meinen, auf unüberwindliche Schwierigkeiten zu stoßen. Die Freizügigkeit innerhalb der beiden Staaten, die heute noch manchen Beschränkungen unterliegt, sollte gefördert werden, damit insbesondere der Austausch bedeutender Geister zwischen unseren Hochschulen, aber auch hervorragender Männer auf dem Gebiete der Technik, des Handels und der Industrie leichter erfolgt als bisher. Die Beschränkung, daß Zeugnisse unserer Schulen in Deutschland und umgekehrt deutscher Schulen in Oesterreich nicht anerkannt werden, wäre so weit als möglich zu beseitigen, ebenso wie die Notwendigkeit des Wechsels der Staatsbürgerschaft bei Annahme gewisser Stellungen im anderen Staate. Kurzum, wir müssen so weit als möglich unsere Tore öffnen, um das Einströmen jener Kräfte, welche das Deutsche Reich groß gemacht haben, bei uns zu begünstigen. Das scheint mir der erste und wichtigste Punkt der wirtschaftlichen Annäherung zu sein.

Sind auf diese Weise einmal die Grundlagen geschaffen, auf welchen eine allmähliche Ausgleichung der bis jetzt bestandenen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn erfolgen kann, dann wird der allmähliche Abbau der Zollmauer, welche diese beiden Staaten voneinander trennt und mit Rücksicht auf die bestehenden wirtschaftlichen Unterschiede auch derzeit trennen muß, keine so große Gefahren nach sich ziehen, als heute von mancher Seite befürchtet wird. Die Bedeutung des Zolles in seiner Höhe wird, glaube ich, allgemein überschätzt. Die Erfahrung hat gelehrt, daß noch so hohe Zollsätze, welche prohibitiv wirken sollten, durch irgendeine neue technische Erfindung illusorisch gemacht worden sind. Andererseits bekommen anscheinend niedrige Zolltarife durch zufällige Umstände, wie zum Beispiel gegenwärtig der Tiefstand unserer Valuta, eine ganz unerwartete Höhe. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, speziell in der Industrie, erfolgt in der heutigen Zeit so schnell, daß selbst die am besten ausgeklügelten Zollsätze bei längerer Dauer eines Handelsvertrages — und eine solche streben wir ja an — sehr oft verfallen müssen. Ist somit die Frage der wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland für uns nicht so sehr eine Frage der Zollsätze, als eine Frage des gesetzlichen und verkehrspolitischen Zusammenschlusses, so fallen auch jene Bedenken weg, welche von den Gegnern der Zollherabsetzung in oft leidenschaftlicher Weise gegen diese Annäherung geltend gemacht werden und welche darin gipfeln, es würde durch diese Annäherung lediglich unsere Industrie zugunsten der deutschen geopfert werden. Das, was wir anstreben, kann diese Gefahr nicht in sich bergen; wir erwarten vielmehr von einer solchen Annäherung eine Kräftigung und Belebung unseres Wirtschaftskörpers.

Nicht minder wichtig als die Ordnung unseres zukünftigen Verhältnisses zu Deutschland ist die Erhaltung